FIDEF

Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD e.V.

Nr. 5/6 Juni/Juli 1977 **ZEITUNG DER FIDEF** Einzelpreis DM 1,-

METALLER-STREIK

I. VERTRETERVERSAMMLUNG DER FIDEF IN HANNOVER

I m p r e s s u m

Herausgeber für die Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD e.V. (FIDEF) :
Recep Genc

Verantwortlicher Redakteur :
Ercüment Toker

Redaktion :
Postfach 320 304, 4000 Düsseldorf 30 . Tel. (0211) 66 42 84

Bankverbindungen :
FIDEF Postscheckamt Essen, Konto- Nr. 1764 62 - 437
Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf, Konto - Nr. 1 555 823 400

Erscheint monatlich - Jährliches Abonnement : DM 12, --

1. VERTRETERVERSAMMLUNG DER FIDEF

WICHTIGE BESCHLÜSSE GEFAßT
ZWEI NEUE VEREINE IN FIDEF

Am 11./12. Juni 1977 fand in Hannover die 1. Vertreterversammlung der FIDEF statt. Nach der Eröffnungsrede des Bundesvorsitzenden Recep Genc, wurde der Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes vom Generalsekretär Haydar Dikme, verlesen. Weiter wurde die Situation der einzelnen Vereine diskutiert, die Lage nach dem "Großen Arbeiterkongress" sowohl hierzulande, als auch in der Türkei erläutert und folgende Beschlüsse gefaßt:

- Die einzelnen Mitgliedsvereine werden gemäß den Inhalten des Programms der FIDEF in Versammlungen, Seminaren, Informationsständen und ähnlichen Veranstaltungen, in Zusammenarbeit mit den regionalen Gewerkschaften, anderen ausländischen Vereinen und demokratischen Institutionen verstärkt auf die Misere bei der Ausländerpolitik hinweisen.

- Es werden in den einzelnen Vereinen Jugend- und Frauengruppen gegründet. Schon vorhandene Gruppen werden aktiviert, eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit ähnlich arbeitenden Vereinigungen angestrebt.

- Die Abonnentenzahl der Presseorgane der FIDEF in türkischer- und deutscher Sprache sollen durch entsprechende Aktivitäten erhöht werden. Informationen über die Vereinsarbeit und Nachrichten über regionale Ausländerfragen sollen der Redaktion regelmäßig zugesandt werden.

- Es wird die Durchführung einer Tagung über Bildungsfragen der Kinder ausländischer Arbeiter mit internationaler Beteiligung für den Herbst in Angriff genommen.

- Der Eintritt der Türkischen Arbeitervereine aus Lübeck und Osnabrück in die FIDEF wird einstimmig angenommen.

- Das brutale Vorgehen der Siegener Polizei in der Wahlnacht zum 6. Juni gegen 13 türkische Arbeiter im Vereins-

lokal des türkischen Arbeitnehmervereins in Siegen e.V. wird in einem Schreiben an den Bundeskanzler, Helmut Schmidt, aufs Schärfste verurteilt und die Vermeidung solcher unmenschlicher Methoden verlangt.

- Es werden regionale Solidaritätskomitees für die streikenden Kollegen der MADEN-IS gegründet und dabei die Unterstützung und Solidarität auch der deutschen und anderen ausländischen Kollegen und Gewerkschaftlern angestrebt.

- Bei den Parlamentswahlen in der Türkei erlitten die reaktionären Kräfte eine empfindliche Niederlage. Die "Nationalistische Frontregierung" unter Demirel, die während der 2 1/2 jährigen Amtszeit die Türkei in einem Blutbad ertränken wollte, existiert nicht mehr.
  FIDEF begrüßt und unterstützt jede Initiative zur Bildung einer demokratischen Regierung.

- Zur Folgekonferenz der KSZE in Belgrad wird FIDEF ein Problemkatalog der ausländischen Arbeiter in der BRD einbringen. Dabei wird besonders auf die rechtliche Situation und die Benachteiligung in Bereichen wie Arbeitsplatz, Schule und Wohnungswesen und auf die allgemeine Diskriminierung hingewiesen.

- Es wird ein Grußtelegramm an die Bundeskonferenz der "Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen" der SPD in Saarbrücken gesandt.

- FIDEF ruft alle demokratische türkische Arbeitervereine hierzulande auf, sich unter ihrem Dach zu vereinigen, die Organisierung innerhalb der DGB-Gewerkschaften voranzutreiben und jeder gewerkschaftsfeindlichen Tätigkeit Einhalt zu gebieten.

KEMNADE INTERNATIONAL '77

Als größte ausländische Arbeiterorganisation in der Bundesrepublik Deutschland beteiligte sich FIDEF aktiv an der Kemnade International 77, die vom 24. bis 26. Juni in Bochum durchgeführt wurde.

Fast an allen Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen waren FIDEF - Vertreter anwesend und legten die Haltung der FIDEF in Bildungs- und Erziehungsfragen der ausländischen Kinder, zur Situation der ausländischen Jugendliche und Beschäftigungspolitik dar.

An dem Fest, das von mehr als 50.000 Menschen besucht wurde, beteiligten sich u.a. türkische Folklore-, Tanz- und Theatergruppen aus 10 Städten. Der Arbeiterchor aus West- Berlin, die Folkloregruppe aus Frankfurt und die Ausstellung "Mehmet kam aus Anatolien" aus West- Berlin bildeten die Höhepunkte der FIDEF- Veranstaltungen.

An dem Informationsstand der FIDEF wurden die Besucher der Kemnade ständig hinsichtlich der Situation ausländischer Arbeiter in der BRD, sowie über die ökonomische und politische Entwicklung innerhalb der Türkei informiert. Dabei wurden mehr als 20.000 Flugblätter verteilt.

Obwohl die diesjährige Kemnade International insgesamt erfolgreicher verlief als in den vorangegangenen Jahren, trug die Existenz einiger gewerkschaftsfeindlicher und chaotischer Gruppen nicht gerade zur Einheit der ausländischen und deutschen Arbeiter bei. Mit Hilfe einiger Flugblätter versuchten sie die türkischen Arbeiter und ihre Organisation FIDEF zu diffamieren. In diesem ihren Versuch scheiterten sie und mußten feststellen, das was sie da von sich gaben mit allem anderen, aber nicht mit der internationalen Solidarität zu tun hatte.

Solche Störmanöver von Seiten der Ausländer- und Arbeiterfeindlichen Kreise kann Einhalt geboten werden, wenn den ausländischen Arbeiterorganisationen die Möglichkeit gegeben würde, an der Gestaltung und Organisation der Kemnade mitzuwirken. Dies sollte auch einer der wichtigsten Prinzipien zum Sinn und Inhalt der Kemnade sein.

NAZIM HIKMET (1902 - 63)

Zahlreiche Arbeitervereine gedenken dem grossen Dichter

Vor 14 Jahren, am 3. Juni 1963, starb unser großer Dichter Nazim Hikmet. Er hatte sein ganzes Leben lang für Frieden, Freiheit und Demokratie gekämpft. 13 Jahre verbrachte er in Gefängnissen, die letzten 12 Jahre seines Lebens in der Emigration. Jahrzehntelang waren seine Werke, die in mehr als 40 Sprachen übersetzt wurden, in der Türkei verboten. Jedoch hat sich das türkische Volk heute das Recht erkämpft, von seinen höchsten Kulturgütern Besitz zu ergreifen - so auch von Nazim Hikmet. Dieses Jahr, in dem man seinen 75. Geburtstag feiert, wird er von Millionen in der Türkei gelesen.

Aus Anlaß seines 75. Geburtstages veranstaltet der Türkische Akademiker- und Künstlerverein e.V. (Mitglied der FIDEF) eine Ausstellung in Westberlin. Außer Fotos und Büchern des Dichters werden türkische und andere ausländische Künstler Theaterstücke, Lieder und Folklore vorführen. Die Ausstellung, die am 11. November in Westberlin eröffnet wird, wird voraussichtlich später auch in anderen Städten, u.a. in Paris und London, zu sehen sein.

Nähere Informationen erhalten Sie bei:

Mehmet Aksoy,
Hedemannstr. 11
1000 Berlin 61

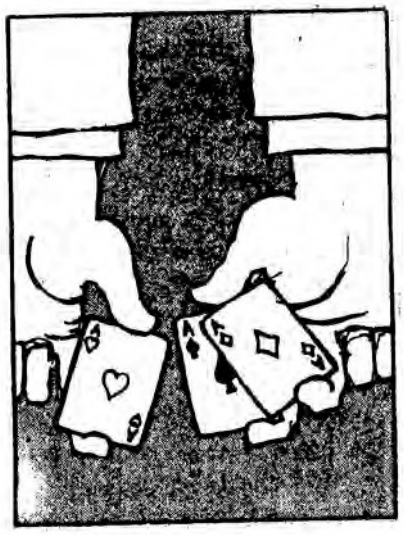
DIE FEINDE

I

Sie sind die Feinde der Hoffnung, Liebste,
die Feinde des rinnenden Wassers,
des fruchttragenden Baums
eines wachsenden, schöneren Lebens.
Denn der Tod hat ihre Gesichter gezeichnet
- bröckelnde Zähne, faulendes Fleisch -,
sie werden niederbrechen und vergehen,
um nie wiederzukehren.
Und gewiß, Liebste, ganz gewiß
wird in diesem schönen Land
die Freiheit frei umgehen,
schreitend in herrlichstem Kleid -
im Kleid des Arbeiters.

II

Sie sind die Feinde des Tuchwebers Recep
aus Bursa,
die Feinde des Monteurs Hasan
in den Karabük-Werken.
Sie sind die Feinde der armen Bäuerin Hatce,
die Feinde des Landarbeiters Süleyman.
Sie sind deine Feinde, meine Feinde,
die Feinde jedes denkenden Menschen.
Unser Vaterland, die Heimat
all dieser Menschen -
sie sind, Liebste,
die Feinde unseres Vaterlands.



DIE UNHEILVOLLE ALLIANZ

ZUR REGIERUNGSKRISE IN DER TÜRKEI

Haydar Dikme
Generalsekretär der FIDEF

Das Ergebnis der allgemeinen Parlamentswahlen in der Türkei am 5. Juni 1977 besiegelte das Ende der "Nationalistischen Frontregierung" - kurz MC genannt - unter Führung Demirels. Nach den Wahlen bildete der Vorsitzende der Republikanischen Volkspartei, Ecevit, dessen Partei mit 213 der insgesamt 450 Sitze im Parlament die absolute Mehrheit knapp verfehlte, eine Minderheitsregierung.

Die klare Absage der arbeitenden Bevölkerung an die Parteien der MC-Regierung und ihre Bereitschaft, die Regierung Ecevits zu unterstützen, verursachte unter den Parteien der "Nationalistischen Front" eine große Panikstimmung.

Mit dem Ziel, sich der anbahnenden Rechenschaft zu entziehen, einigten sich die Parteien in der 3er Allianz unter Führung Demirels, Erbakans und Türkesch ungewohnt schnell. Sie zwangen Ecevit durch Absage des Vertrauens zum Rücktritt und versuchen nunmehr, eine neue MC-Regierung zu inszenieren, obwohl diese in den vergangenen 26 Monaten die Unfähigkeit zur Regierungskoalition unter Beweis gestellt hat: fast 300 politische Morde, Abbau der demokratischen Rechte und Freiheiten, Angriffe auf die fortschrittlichen, demokratischen Massenorganisationen, auf die Arbeiter - vor allem aber auf ihren Gewerkschaftsbund DISK -, Attentate während der Wahlkampagne auf Ecevit, Korruption, Vetternwirtschaft, Bereicherung ihrer eigenen Familienangehörigen durch Staatsmittel, großzügige Vergünstigungen für das Großkapital und noch vieles mehr gehen auf das Konto der MC-Regierung.

Auch hierzulande wächst das Interesse an den Geschehnissen in der Türkei. Obwohl die bundesdeutschen Massenmedien fleißig und hervorhebend über die Tatsache berichtet, daß fast alle Potenzen des Landes, wie alle demokratischen Massenorganisationen, die Armee, die Arbeiterschaft und angeblich auch die Geschäftswelt hinter Ecevit stehe, wurde er durch eine Niederlage bei der "Vertrauensabstimmung" im Parlament zum Rücktritt gezwungen.

Welche doch so "geheimen" Kräfte verschafften den MC-Parteien den Siegeszug ins Parlament? Die bundesdeutschen Massenmedien sind uns immer noch diese Antwort schuldig geblieben. Eine Minderheitsregierung unter Ecevit wäre die einzige Lösung, so berichten sie, die die Arbeiterschaft bei ihren demokratischen Forderungen "zügeln" könnte. Sie würde die "unpopulären" Maßnahmen zur "Stabilisierung" der türkischen Wirtschaft durchführen und die Türkei gegenüber der EG "glaubhaft" machen. Warum wurde dann Ecevit in der Minderheitsregierung fallen gelassen? War der Druck "Jenseits des Atlantik" doch nicht so unbedeutend? Jedenfalls wurde der EG-orientierte Sozialdemokrat Ecevit fallengelassen.

Der Wunsch gewisser Teile des Monopolkapitals in der Türkei, eine große Koali-

tion zu inszenieren, wird unseren endlosen Problemen keine Lösung bringen können. Denn, der Hauptverantwortliche für die heutige ökonomische wie soziale Misere und politische Unterdrückung ist Demirel, und seine Gerechtigkeitspartei. Ferner haben die politischen Ereignisse der letzten zwei Jahre uns vor Augen geführt, daß die Gerechtigkeitspartei die "neofaschistische Partei der nationalistischen Bewegung" zu ihrer Zwillingsschwester gemacht hat, die von einem "renomierten" Massenblatt der BRD kürzlich als "konservativ" eingestuft wurde.

Das türkische Volk fordert Rechenschaft, zumindest von diesen beiden Parteien und es vergißt nicht so leicht, wo der Feind steht.

ASJ-VERANSTALTUNG ZUM THEMA «AUSLÄNDERRECHT»

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen - ASJ - führte am 22. Juni 1977 in Düsseldorf im SPD-Parteihaus eine Informationsveranstaltung zum Thema "Ausländerrecht" durch, zu der auch der Generalsekretär der FIDEF, Kollege Haydar Dikme, als Referent eingeladen war. Das Korreferat wurde von Frau Heidrun Henke, Richterin am Verwaltungsgericht in Düsseldorf, gehalten.

In seinem Referat behandelte Kollege Dikme den Bericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Ausländerbeschäftigungspolitik in der BRD und enthüllte anhand bisheriger Praxis, was die Inhalte dieser Vorschläge der Arbeitsgruppe in der Zukunft für die ausländischen Arbeiter bedeuten könnte. Er kritisierte die Grundpositionen der Arbeitsgruppe und zeigte, daß die im Bericht formulierten Vorhaben als ein Teil der sich seit Jahren abzeichnenden allmählichen Verschärfung der Bedingungen für Einreise, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit von Ausländern und als weitere Verschlechterung des Rechtsstatus dieser Personengruppe zu sehen sind.

Anschließend erörterte Richterin Heidrun Henke, in Übereinstimmung mit dem Referenten und anhand einer Analyse des Ausländergesetzes den Rechtsstatus der ausländischen Arbeiter. Die Korreferentin erklärte weiter, wie von Seiten der Juristen den Ausländern und ihren Problemen Abhilfe geleistet werden könnte.

In der anschließenden, lebhaft geführten Diskussion wurden die vielseitigen Probleme der ausländischen Arbeiter behandelt. Die Teilnehmer gaben ihrem Wunsch Nachdruck, daß die Arbeitsgemeinschaft sich intensiver mit diesen Problemen auseinandersetzen müßte. Eine Arbeitsgruppe wurde beauftragt, die Forderungen der Arbeitsgemeinschaft hinsichtlich der Rechte der ausländischen Arbeiter zu formulieren. In Übereinstimmung wurde betont, daß nach der Sommerpause die Ausländerarbeit und die diesbezüglichen Veranstaltungen verstärkt fortgeführt werden müßten.

Übt Solidarität !
Abonniert
die Zeitung der FIDEF

METALLER-STREIK IN DER TÜRKEI

SOLIDARITÄT MIT MADEN-IŞ WÄCHST

In der Türkei befinden sich seit dem 3o.5.1977 40.000 Metallarbeiter im Streik. Der Streik, der von der türkischen Metallgewerkschaft MADEN-IS ausgerufen wurde, richtet sich gegen den Arbeitgeberverband der Metallindustrie MESS.

MESS, völlig unter Kontrolle des Monopolkapitals, wollte in den diesjährigen Tarifverhandlungen die nach langjährigen Kämpfen erzwungenen Rechte der Metallarbeiter wie Arbeitsplatzsicherung, Zulagen und Lohnsteigerungen entweder einfrieren, oder gänzlich abschaffen.

Dieser große Streik, der sich auf das ganze Land und auf ca. 39 Unternehmen erstreckt, ist somit eine Gegenreaktion auf die Herausforderung der Unternehmer. Aber mit der Absicht, mehr Profit zu erzielen und gleichzeitig die MADEN-IS, die einer der stärksten Mitgliedsgewerkschaften des Progressiven Gewerkschaftsbundes der Türkei - DISK - ist, entscheidend zu treffen, hat sich MESS gewaltig übernommen.

In der heutigen Situation der Türkei, wo eine Inflation von über 3o %, eine Teuerungsrate von ca. 36 % und eine Arbeitslosenzahl von über 4 Millionen auf die Schulter der arbeitenden Bevölkerung gewälzt wird, ist die Erringung und Durchführung von berechtigten gewerkschaftlichen Forderungen eine der wichtigsten Ziele und dies ist von dem Kampf unseres Volkes für demokratische Rechte und Freiheiten nicht zu trennen.

MADEN-IS kann in dem entschlossenen und berechtigten Arbeitskampf der Solidarität breiter Volksmassen, sowohl im Inland wie auch im Ausland, sicher sein. Außer der französischen Metallergewerkschaft, der IG-Metall und zahlreicher Gewerkschaften und demokratischen Organisationen hat auch FIDEF bei ihrer 1. Vertreterversammlung am 11./12. Juni d.J. einstimmig beschlossen, mit einer Solidaritätskampagne auf Bundesebene die streikenden Kollegen in der Heimat zu unterstützen. Es sind aber auch alle unsere Kolleginnen und Kollegen, Demokraten und ihre Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland aufgerufen, durch Unterschriftensammlungen, Silidaritätsbotschaften und Spenden ihren Beistand und aktive Solidarität mit der MADEN-IS zu demonstrieren.

Schreiben an:

TÜRKIYE MADEN-IS SENDIKASI
Barbaros Bulvari Ulug Han
No. 64/4
Besiktas - Istanbul / TÜRKEI

Spenden an:

Sonderkonto
"Solidarität mit DISK"
Stadtsparkasse Essen
Konto-Nr. 242 37o

SPENDENLISTE

*

AN DER ERSTEN GELDSENDUNG SIND BETEILIGT:

Türkischer Arbeitersolidaritätsverein Köln	DM	565.--
Türkischer Arbeiterverein Nord-Bremen e.V.	DM	700.--
Türkische Frauenvereinigung Kaiserslautern	DM	312.--
Türkischer Arbeiterverein Weinheim e.V.	DM	625.--
Türkische Frauenvereinigung Gelsenkirchen	DM	314.--
Türkischer Arbeiterverein Düsseldorf e.V.	DM	1007.--
Türkische Sozialistengemeinschaft West-Berlin	DM	2100.--
Türkischer Arbeiterverein Krefeld e.V.	DM	550.45
Türkischer Arbeiter- und Jugendverein Hamburg	DM	969.--
Türkische Frauenvereinigung West-Berlin	DM	435.--
Türkischer Arbeiterverein Wiesbaden e.V.	DM	620.--
Türkischer Arbeiterverein in Duisburg e.V.	DM	1000.--
Türkischer Arbeiter- und Studentenverein Münster e.V.	DM	1050.--
Deutsch-Türkisches Solidaritätskommitee mit Maden-İş in Gelsenkirchen	DM	155.--
Solidaritätskommitees mit Maden-İş in West-Berlin	DM	2290.--
Türkisches Europakommitee für Frieden und Freiheit (TBÖK) in Gelsenkirchen	DM	1200.--
Bundeszentrale der FIDEF	DM	1107.55
	DM	15000.--

DIE ERSTE GELDSENDUNG IN HÖHE VON 15000 DM WURDE BEREITS AN MADEN - IS ÜBERWIESEN !

EINIGE GRUNDSÄTZLICHE AUSFÜHRUNGEN ZUR BILDUNG UND ERZIEHUNG AUSLÄNDISCHER KINDER

Ausgehend davon, daß die Arbeitenden grundsätzlich gemeinsame Interessen haben und daß die wirksame Interessenvertretung nur gemeinsam erfolgen kann, sind wir verpflichtet, uns auf allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens dafür einzusetzen, daß deutsche und ausländische Arbeitende ihre gemeinsame Interessenlage erkennen, daß stets das Gemeinsame gefördert und gestärkt, das Trennende geschwächt und abgeschafft wird.

Denn es kann auch nicht im Interesse der einheimischen Arbeiter liegen, daß die ausländischen Arbeiter ständig in der Position der Reserve-Armee gehalten werden, so daß sie, je nach Lage, im Sinne der Arbeitgeber gegen die Einheimischen benutzt und ausgespielt werden können.

Dementsprechend lautet die Position des DGB: "Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die in ihm vereinigten Gewerkschaften vertreten die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer. Dies gilt in gleichem Unfang für die ausländischen Arbeitnehmer. Es ist daher Aufgabe des Bundes, die soziale Integration der ausländischen Arbeitnehmer zu fördern. Der Bund und die in ihm vereinigten Gewerkschaften sind bestrebt, die ausländischen Arbeitnehmer zu befähigen, daß sie gemeinsam mit den deutschen Kollegen wirksam für ihre Interessen eintreten können."
(DGB, ausländische Arbeitnehmer, Präambel)

Für das Gemeinsame oder Trennende spielt die Schule eine nicht geringe Rolle. Schüler, die heute getrennt und in gegenseitigem Unverständnis aufwachsen und unterrichtet werden, haben es morgen als Arbeiter um so schwerer, ihre Gemeinsamkeiten zu erkennen und füreinander einzustehen.

Die schulische Spaltung ausländischer Kinder und Jugendlicher unterstützt die Tendenz zur Gettobildung und verschärft die bereits heute auftretenden sozialen Spannungen zwischen Ausländern und Deutschen, sowie zwischen den verschiedenen Nationalitätengruppen. Sie birgt für die Zukunft die Gefahr einer Spaltung der Arbeitnehmerschaft der Bundesrepublik und wirkt damit potentiell gewerkschaftsfeindlich.

Die schulische Aufspaltung verhindert außerdem ein gemeinsames Eintreten deutscher und ausländischer Eltern für die Verbesserung der Schulsituation ihrer Kinder. Dies macht in vielen Fällen die Erreichung selbst des niedrigsten Schulabschlusses illusorisch. Aus diesem Gründen richtet sich die Segragation (Spaltung) auch gegen die unmittelbaren Interessen der ausländischen Schüler. Die einzige Alternative zur Segregation ist die gemeinsame Einschulung der deutschen und ausländischen Kinder in den Regelklassen.

Die Interessen der Kinder ausländischer Arbeitnehmer machen es erforderlich, daß sie im Rahmen der Regelklassen die üblichen Abschlüsse in vollwertiger Form erreichen und daß gleichzeitig damit und im Zusammenhang damit ihre muttersprachlichen Fähigkeiten vollwertig entwickelt werden. Die Beschulung dieser Kinder nach den allgemein gültigen Richtlinien und ein damit koordinierter, zusätzlicher Unterricht zur Entwicklung der Muttersprache, bildet deshalb eine einheitliche, unteilbare Aufgabe der deutschen Schulen.

Das Begreifen und das Mitgestalten der Umwelt setzt ihre Erschließung in allen Bereichen voraus. Entscheidendes Medium hierfür ist die Sprache. Da die Umwelt des ausländischen Kindes durch seine Familie und durch das Leben inder Bundesrepublik geprägt wird, ist die Beherrschung der Muttersprache und der deutschen Sprache erforderlich.

Die erfolgreiche Beschulung in der Regelklasse bei gleichzeitiger Anerkennung und Entwicklung der Muttersprache ist leistbar, wenn die dafür erforderlichen pädagogischen Voraussetzungen geschaffen werden. Es gibt keinen wissenschaftlich haltbaren Grund, das Ziel der Zweisprachigkeit zur erfolgreichen Beschulung in den Regelklassen in Gegensatz zu setzen. Wir lehnen daher die Bildung besonderer "bilingualer Schulen" (zweisprachig) als auch den Verzicht auf muttersprachlichen Unterricht oder seine Abtrennung vom übrigen Unterricht ab.

Forderungen und organisatorische Maßnahmen dieser Art sind nur geeignet, von dem tatsächlichen Erfordernis - Der Schaffung der notwendigen materiellen und inhaltlichen Voraussetzungen - abzulenken.

Da die allgemeinen Richtlinien für die Beschulung der ausländischen wie der deutschen Schüler verbindlich sein und bleiben müssen, ist jeder Versuch ausländischer Regierungsstellen, Inhalte und Methoden des Unterrichts für die jeweilige Nationalitätengruppe zu beeinflussen, konsequent zu verhindern. Gefahren einer Einflußnahme ergeben sich insbesondere für die folgenden Bereiche:

a) Vorbereitungsklassen
b) Muttersprachlicher Unterricht
c) besondere Schulen, soweit sie nicht verhindert werden können.

Im Fall der Vorbereitungsklassen verbietet sich die Einflußnahme, da sie notwendig dem einzigen Zweck dieser Klassen - nämlich auf die Regelklassen vorzubereiten zuwiderläuft. Für den muttersprachlichen Unterricht ist unbedingt daran festzuhalten, daß er koordiniert mit dem übrigen Unterricht und nach den allgemein gültigen Normen verläuft.

DIE VORBEREITUNGSKLASSEN

Die Vorbereitungsklassen dürfen ausschließlich zu dem Zweck eingerichtet werden, Schüler, die zur Zeit aus sprachlichen Gründen noch nicht am Unterricht der Regelklasse teilnehmen können, auf den Übergang in die Regelklasse vorzubereiten. Sie sind so anzulegen, daß der Übergang in die Regelklasse möglichst schnell und möglichst effektiv erreicht werden kann. Die Fehlentwicklung dieser Klassen zu besonderen Ausländerklassen bzw. ihr Mißbrauch in dieser Richtung darf nicht geduldet werden.

Der Unterricht gliedert sich in Deutschunterricht, muttersprachlichen Unterricht und Fachunterricht. Jede dieser Komponenten ist in angemessener Weise zu berücksichtigen. Der Deutsch- und der Muttersprachenunterricht müssen aufeinander bezogen erteilt

werden. Nur so ist zu gewährleisten, daß der Schüler in genügend kurzer Zeit in der Zweitsprache Deutsch Fähigkeiten erreicht, die seinem allgemeinen Entwicklungsstand entsprechen. Außerdem begünstigt die Koordination vom Muttersprach- und Deutschunterricht die Orientierung auf Unterschiede zwischen beiden Sprachen und wirken damit der Gefahr der Sprachmischung entgegen. Der Sprachunterricht in beiden Sprachen muß dabei die mündliche und schriftliche Sprachbeherrschung in solcher Breite fördern, daß der Schüler die im späteren Unterricht erforderlichen sprachlichen Teilfertigkeiten tatsächlich erwerben und miteinander integriegen kann. Außerdem ist der Unterricht so anzulegen, daß der Schüler befähigt wird, seine außerschulische zweisprachige Lebenssituation optimal auszunutzen.

FORDERUNGEN

Aus den voranstehenden Zielvorstellungen und Folgerungen ergeben sich Forderungen zur Veränderung der Schulorganisation und der Unterrichtsinhalte:

1. In der Bildungsplanung in den Etats der Kultusministerien muß die Zahl der ausländischen Arbeiterkinder gleichwertig berücksichtigt werden.

2. Die ausländischen Arbeiterkinder müssen grundsätzlich gemeinsam mit den deutschen Kindern in Regelklassen unterrichtet werden.

3. In der Regelklasse muß der Unterricht durch zsätzliche, flankierende Maßnahmen unterstützt werden.

4. Der Unterricht in der Regelklasse muß wesentlich stärker die Heimatländer der ausländischen Kinder und ihre spezifische Situation in der BRD berücksichtigen.

5. Der muttersprachliche Unterricht muß Pflichtfach werden und muß mit dem deutschsprachigen Unterricht koordiniert werden.

6. Das historische, kulturelle, gesellschaftliche und politische Verständnis für das Heimatland ist im Sinne der Völkerverständigung zu vermitteln. Dazu sind die entsprechenden Lehr-und Lernmittel bereitzustellen.

7. Der gesamte Unterricht einschließlich des muttersprachlichen Unterrichts hat unter der Verantwortung der deutschen Schulaufsichtsbehörde stattzufinden.

8. Die Vorbereitungsklassen müssen in der Weise umgestaltet werden, daß sie bei tatsächlicher Notwendigkeit der Vorbereitung der ausländischen Kinder auf die Regelklasse in höchstens 2 Jahren ermöglichen.

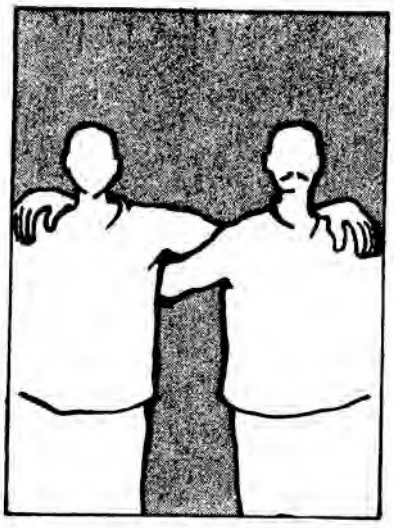
9. Für Vorbereitungsklassen ist ein Curriculum (Lehrprogramm) zu entwickeln, daß vollinhaltlich an die entsprechende Jahrgangsstufe der Regelklasse heranführt.

10. Ausländische und deutsche Lehrer sind gleichzustellen. Deutsche und ausländische Lehrer sollen aus-, fort-und weitergebildet werden.

Die Schulprobleme der Kinder ausländischer Arbeiter sind aufs engste mit der gesamten sozialen Situation der ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik verknüpft. Tendenziell niedrige Löhne, ständige Unsicherheit bezüglich Arbeitsplatz und Aufenthalt, die aus beidem resultierende schlechte Wohnsituation, das fast völlige Fehlen gleichwertiger kultureller Angebote und Betätigungsmöglichkeiten, stellen eine schwerwiegende Benachteiligung auch für die Kinder dar, die für den schulischen Erfolg dieser Kinder nicht ohne Auswirkung kung bleiben kann. Die Bemühungen im Bildungswesen müssen daher ergänzt werden durch eine allgemeine soziale Absicherung und die Angleichung der Situation der ausländischen Arbeiterschaft an die der deutschen Bevölkerung.

ZUM EXPERTENGESPRÄCH NR. 2
AM 26.6.1977 KEMNADE 77

AUSGEARBEITET VOM
TÜRKISCHEN LEHRERVERBAND
IN BERLIN (MITGLIED DER FIDEF)



SOLIDARITÄT DEUTSCHER UND AUSLÄNDISCHER ARBEITER

PARTEIEN NEHMEN STELLUNG

AFA BUNDESKONFERENZ DER SPD

Die Bundeskonferenz der "Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen" - AfA in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands fand Mitte Juni in Saarbrücken statt. Die beherrschenden Themen der dreitägigen Konferenz waren die Gesamtarbeitslosigkeit, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit und der Abbau der sozialen Leistungen.

Unter den 400 Anträgen und Entschließungsentwürfen der 315 Delegierten aus den Unterbezirken der Partei, waren auch zwei Anträge, die die ausländischen Arbeiter direkt betrafen :

1. Die neuen Bestimmungen innerhalb des Steuerrechts, wonach die Mehraufwendungen für doppelte Haushaltsführung derjenigen ausländischen Arbeiter, die mehr als fünf Jahre innerhalb der Bundesrepublik beschäftigt sind und einen doppelten Haushalt führen, werden nicht mehr anerkannt, da man u.a. der Überzeugung ist, daß bei getrennten Haushalten der Zusammenhalt der ehelichen Gemeinschaft nach Ablauf einer solchen Zeitspanne nicht mehr gewehrleistet wäre. Es wird beantragt diese Regelung, die der sozialen Wirklichkeit widerspricht und für die Betroffenen mit hohen finanziellen Verlusten verbunden ist, abzuschaffen.

2. Es wird beantragt, für diejenigen Ausländer, die mehr als zehn Jahre innerhalb der Bundesrepublik wohnhaft sind und dabei mindestens acht Jahre regulär gearbeitet haben, eine Aufenthaltsberechtigung zu erteilen.

Diese Anträge, die vom Kollegen Teoman Atalay, Mitglied des Bundesvorstands der FIDEF und des Bezirksvorstands der AfA - Niedersachsen, gestellt worden waren, wurden einstimmig angenommen und an das zuständige Gremium der Bundestagsfraktion der SPD weitergeleitet.

DKP AUSLÄNDERKONFERENZ

In Köln fand Anfang Juni eine Konferenz der DKP zur Lage der ausländischen Arbeiter statt, woran auch zahlreiche ausländische Arbeiter teilnahmen.

In der Konferenz wurden folgende Probleme behandelt:

1. Zusammenarbeit der deutschen und ausländischen Arbeiter im Betrieb und in den Gewerkschaften
2. Die soziale Lage der ausländischen Arbeiter
3. Die rechtliche Lage der ausländischen Arbeiter

In drei Arbeitsgruppen legten die ausländischen Arbeiter anhand konkreter Beispiele ihre Probleme und Forderungen

dar. Die Vertreter der DKP erörterten die Haltung der Partei zu diesen Fragen.

Die Eröffnungsrede hielt K. Fritsch, Mitglied des Vorstandes der DKP. Dabei hob er hervor, daß deutsche und ausländische Arbeiter in dieser kapitalistischen Krise gemeinsam die Erfahrung machten, daß Regierung und Großkapital die Lasten der Krise auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung abwälzten, ohne nach der Nationalität zu fragen. Der Kampf für gemeinsame Rechte und Interessen gegen Kapital und Reaktion könne nur gemeinsam geführt werden. Fortfahrend betonte K. Fritsch, daß die Beschlüsse von Helsinki für die ausländischen Arbeiter immer noch nicht verwirklicht seien und die Bonner Parteien gegen die Rechte der Ausländer aufträten. Er meinte weiter, daß das Zurückschicken der ausländischen Arbeiter in ihre Heimatländer keinen Ausweg aus der Arbeitslosigkeit bringe, daß nicht die ausländischen Arbeiter schuld an der Arbeitslosigkeit hätten, sondern das kapitalistische Wirtschaftssystem, das von den Profitinteressen des Monopolkapitals bestimmt sei.

Die Schlußrede der Konferenz, an der auch Vertreter der FIDEF als Beobachter teilnahmen, hielt Herbert Mies, Vorsitzender der DKP. Er sagte, daß die DKP auch in den sich verschärfenden Bedingungen für die Rechte der ausländischen Arbeiter vorbehaltlos eintreten werde. Denn, so meinte er, die Interessen der ausländischen Arbeiter vertreten hieße auch, die Interessen der deutschen Arbeiter vertreten.

SIEGENER POLIZEI GRIFF WEHRLOSE TÜRKISCHE ARBEITER AN

WAHLFEIER MIT POLIZEPRÜGEL

In der Nacht vom 5. zum 6. Juni 1977 hatten sich Kollegen vom Türkischen Arbeitnehmerverein in Siegen e.V. - Mitglied der FIDEF - im Vereinslokal versammelt, um den Ausgang der Parlamentswahlen in der Türkei vom Radio aus zu verfolgen. Als sich gegen Morgen ein Sieg der Republikanischen Volkspartei abzeichnete, brach großer Jubel aus. Jedoch wurde die fröhliche Stimmung durch einen "Polizeieinsatz" auf brutalste Weise unterbrochen.

Der Vorstand des Türkischen Arbeitnehmervereins in Siegen e.V. schilderte den Vorfall so:

"... Plötzlich erschienen 2 Polizeibeamte und erkundigten sich nach dem Grund der Feier. Wir haben ihnen den Grund erklärt und die Beamten baten uns, leiser zu sein damit die Hausbewohner nicht durch den Lärm gestört würden. Dieser Aufforderung kamen wir nach und die Polizeibeamten verließen unsere Vereinsräume. Bereits einige Minuten später erschienen sie jedoch in Verstärkung von 3 weiteren Beamten. Ohne eine weitere Erklärung abzugeben oder uns zu Wort kommen zu lassen, drangen sie in unser Büro ein und begannen, mit Schlagstöcken auf uns einzuschlagen und uns auf die Straße in das Polizeifahrzeug zu treiben, wobei uns ein Polizist mit gezuckter Pistole bedrohte. Vier von uns wurden zum Teil schwer verletzt, so daß sich zwei noch heute in stationärer Behandlung befinden. Die

Büroräume und das Treppenhaus waren überall mit Blut besudelt.

Die Hand ist angeschwollen, seinen verbogenen Ring bekam Timur Turgay nur schwer vom Finger.

Obwohl wir sofort für die Verletzten einen Krankenwagen herbeigerufen hatten, wurde den Verletzten sofortige ärztliche Hilfe durch die Polizeibeamten verweigert. Der anwesende türkische Sozialberater der Arbeiterwohlfahrt in Siegen versuchte vergebens, mit den Beamten zu verhandeln. Statt dessen wurde er zu Boden geschlagen und an den Füßen 3 Stockwerke die Treppe heruntergeschleift, so daß er sich wegen einer Gehirnerschütterung im Krankenhaus befindet.

Ein Verletzter, der bereits im Krankenwagen lag, wurde gewaltsam wieder herausgeholt.

Auf der Polizeiwache wurden wir beschimpft und mißhandelt; so wurde unser Sozialberater alleine in einen Nebenraum genommen und dort mit Faustschlägen in den Magen taktiert.

Erst gegen 7.00 Uhr morgens wurden wir zur Blutentnahme in ein Krankenhaus gefahren, wobei man auch dort ärztliche Hilfe für die Verletzten verweigerte..."

Die Polizisten sind inzwischen wegen Hausfriedensbruch und grober Körperverletzung angezeigt worden.

Die 1. Vertreterversammlung der FIDEF hat in einem Schreiben an den Bundeskanzler Helmut Schmidt den brutalen Angriff aufs Schärfste verurteilt und alle demokratischen Kräfte hierzulande zur Sdidarität mit den türkischen Kollegen aufgefordert.

Mit Polizeiknüppeln zur Wahlfete

Vorwärts
Seite 6, 23. Juni 1977, Nr 25

Blutige Aktion gegen türkische Ecevit-Anhänger in Siegen.
Von Edeltraud Remmel

Ausländische Arbeitnehmer leben und feiern bei uns offenbar gefährlich: Als Anfang Juni türkische Gastarbeiter in Siegen den Ecevit-Wahlsieg feierten, schritt die Polizei ein. Die Folgen: mehrere verletzte Türken, Strafanzeigen, drohende Ausweisungen.

Den meisten Türken stand am 5. Juni, dem Tag der Wahlen in der Türkei, eine lange Nacht bevor. Gegen 22.00 Uhr kamen die ersten Ergebnisse über den Äther. Alle Zeichen standen auf Wahlsieg für die sozialdemokratisch orientierte Republikanische Volkspartei. Um Mitternacht konnte Bülent Ecevit bereits 200 Sitze verbuchen.

In den Räumen des türkischen Arbeitnehmer-Vereins in Siegen saßen etwa zwölf Mitglieder vor einem kleinen Transistorgerät und verfolgten seit mehreren Stunden die Wahlsendung. Der türkische Nachrichtensprecher informierte detailliert. Ankara, Istanbul, Izmir, die großen Städte waren bereits ausgezählt. Das Stimmungsbarometer im Vereinslokal an der Fürst-Moritz-Straße 3 stieg von Stunde zu Stunde. Freudengeschrei bei jedem neuen Sitz für die Ecevit-Partei. Eigentlich hatten die Türken vor, die ganze Nacht wach zu bleiben, die Nachrichten zu verfolgen. Für Essen und Trinken war gesorgt.

Um 2.00 Uhr gab es plötzlich unerwarteten Besuch: zwei uniformierte Polizisten. Die Nachbarn hätten sich beschwert, weil sie wegen des Lärms

nicht schlafen könnten, erklärten die Ordnungshüter. Die feuchtfröhliche Gesellschaft versprach leiser zu sein, lud die Uniformierten ein, einen Schluck mitzutrinken. Doch die zwei lehnten dankend ab und verließen die Wahlfeier wieder. Als sich allem Anschein nach der Lärm aus dem dritten Stock nicht legte, kehrten sie kurze Zeit später zurück. Diesmal mit Verstärkung. Sechs Polizisten standen den zwölf Türken gegenüber.

„Die schrien nur noch: raus hier, feiert Euren Wahlsieg in der Türkei", erinnert sich Timur Turgay, Sozialbetreuer bei der Siegener Arbeiterwohlfahrt. „Einer zog sogar die Pistole und die anderen knüppelten auf uns drauf los."

Zuerst wurde Yüksel Topcu, der Sekretär des Vereins, recht unsanft das Treppenhaus heruntergestoßen und in den bereitgestellten Mannschaftswagen verfrachtet. Wenige Minuten später prügelten die Polizisten Timur Turgay auf die Straße. Er versuchte, sich am Treppengeländer festzuhalten. Ein paar harte Schläge mit dem Gummiknüppel landete auf seinem Handrücken.

„Ich sah einen Mann kopfüber die Treppen runterkugeln", berichtete später ein jugoslawischer Kellner, der gegen drei Uhr das Haus betrat. „Ich dachte, das sei ein Besoffener."

In weniger als einer Viertelstunde war das Vereinslokal geräumt. Zurück blieb ein Schlachtfeld, von dem ein Journalist der Lokalzeitung sagt: „Das sah aus, als wenn die Vandalen gewütet hätten." Mit Gummiknüppeln wurden die Türken in den Polizeiwagen getrieben, übel zugerichtet: Platzwunden am Kopf, Prellungen und Blutergüsse.

Inzwischen war es einem gelungen, einen Krankenwagen zu alarmieren. Zumindest sollte der stark ramponierte Timur Turgay ins Krankenhaus gebracht werden. Doch kaum lag er auf der Bahre, da wurde er aus dem Krankenwagen geholt und zu den anderen ins Polizeiauto gestoßen. Man müsse zunächst die Personalien feststellen, hieß es. Ein Zwischenfall, der nach einigen Tagen vom Chef der Stadtfeuerwehr, Otto Meiswinkel, bestätigt wurde.

Es vergingen fast drei Stunden auf der Polizeiwache. Dann endlich nahm man die Personalien auf. Keiner dachte daran, die Verwundeten behandeln zu lassen oder notdürftige Verbände anzulegen. Gegen 8.00 Uhr erst erfolgte der Transport zum Krankenhaus. Der Arzt entnahm lediglich Blutproben. Mehr nicht. Darauf schickte er die verletzten Türken wieder nach Hause.

Als Timur Turgay am gleichen Nachmittag beim Kreiskrankenhaus vorsprach und sich behandeln lassen wollte, wurde er gleich dabehalten. Sein Ringfinger war gebrochen, außerdem wurde eine schwere Gehirnerschütterung festgestellt. Die nächsten zehn Tage verbrachte er im Krankenhaus. Bis Ende des Monats ist er arbeitsunfähig geschrieben.

Nachdem sich die Türken vom ersten Schock erholt hatten, stellten sie Strafantrag gegen die Polizeibeamten wegen gefährlicher Körperverletzung und Hausfriedensbruch. Das war am 13. Juni. Inzwischen veröffentlichte die *Westfälische Rundschau* in ihrem Siegener Lokalteil einen ausführlichen Bericht. Redakteur Kuhn, offensichtlich erschüttert vom Schauplatz an der Fürst-Moritz-Straße, hatte versucht, vom Siegener Polizeidirektor Mende eine Stellungnahme zu bekommen. Ohne Erfolg.

Erst zehn Tage später entschloß sich die Polizeispitze, ihre Version vom 5. Juni darzulegen. So erklärte Wolfgang Mende von der Schutzpolizeidirektion, die Türken hätten die Polizisten mit Gläsern, Flaschen und einem Messer bedroht. Verletzt sei allerdings keiner seiner Männer, und auf die Frage, ob besagtes Messer sichergestellt wurde, antwortete er: „Das weiß ich nicht genau."

Wolfgang Mende seinerseits hat nun Strafantrag gegen die Türken gestellt: Widerstand gegen die Staatsgewalt, heißt die Anklage. Mendes Kommentar: „Die Polizei ist doch kein Prügelknabe für jedermann." Nachweislich geprügelt wurden allerdings nur die Türken. Eine Reihe ärztlicher Atteste dienen als Belege. „Die werden wohl mehr oder weniger sanft in den Wagen geschleppt worden sein", so Wolfgang Mende zum Vorgehen der Ordnungshüter.

Die Siegener Öffentlichkeit hat bisher wenig Notiz von den Zwischenfällen genommen. Keine Reaktion. So wird alles seinen juristischen Gang gehen: Zwei Strafverfahren, zwei Versionen, Aussage gegen Aussage. Wenn die türkischen Gastarbeiter Glück haben, wird das Verfahren eingestellt. Wegen mangelnder Beweise. Vielleicht droht ihnen aber auch eine Verurteilung wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Abschiebung in die Türkei. „Möglich ist alles", meint der Anwalt der Türken, Dr. Helmut Schütz. „Oft ist es doch so, daß vor Gericht ein Polizist fünf Türken aufwiegt."

ANTWORTSCHREIBEN DES INNENMINISTERIUMS

Auf das schriftliche Ersuchen der FIDEF beim Bundespräsidenten, beim Bundeskanzler und bei dem Bundesminister des Innern, das brutale und unmenschliche Vorgehen der Siegener Polizei untersuchen und entsprechende Maßnahmen einleiten zu lassen, erhielt FIDEF Schreiben, in denen die Angelegenheit zweks Überprüfung an den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen weitergeleitet worden ist. FIDEF bekam von dieser Stelle am 29. Juni 1977 den folgenden Brief :

DER INNENMINISTER
des Landes Nordrhein-Westfalen
IV A 3 - 157

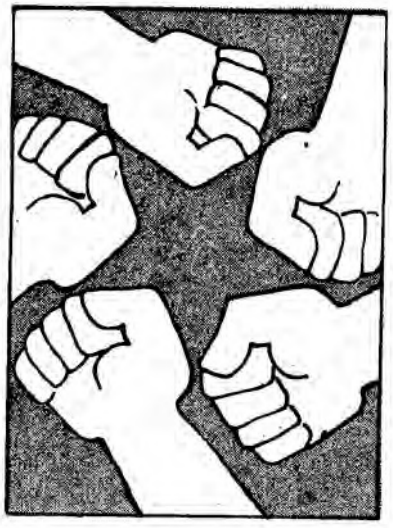
An die
Föderation der Türkischen Arbeitervereine
in der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Lichtstr. 31

4000 Düsseldorf 1

Betr.: Ihre Eingabe vom 12.6.1977 an Herrn Bundespräsident Scheel

Sehr geehrte Herren !
Ihr Schreiben an den Herrn Bundespräsidenten ist mir zugeleitet worden. Ich habe den Regierungspräsidenten in Arnsberg als zuständige Polizeiaufsichtsbehörde beauftragt, die Angelegenheit zu prüfen und Ihnen weitere Nachricht zu geben.
Bis dahin bitte ich um Geduld.

Mit freundlichen Grüssen
Im Auftrag
gez. Dr. Lehne



AUS DEN MITGLIEDSVEREINEN

TÜRKISCHER ARBEITERVEREIN in DUISBURG e.V.

In diesem Monat stellen wir den Lesern der FIDEF den Türkischen Arbeiterverein in Duisburg e.V. vor. Der Verein, der einer der Gründungsmitglieder der FIDEF ist, hat ca. 200 Mitglieder. Sein Vereinslokal befindet sich in Duisburg 1, Oberstr. 42. Der größte Teil der Vereinsaktivitäten nehmen Elektriker-Kurse für Jugendliche, Nähkurse für Frauen (beide Kurse in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Duisburg), Folklore- und Tanzgruppen, Sportmannschaften, Beratungsstunden in Rechts- und Steuerfragen, Sprachkurse, zahlreiche Informationsveranstaltungen und Volksfeste mit internationaler Beteiligung ein.

In einer Stadt wie Duisburg, wo allein über 35.000 Türken leben, wird besonderer Wert auf die Verständigung mit der einheimischen Bevölkerung, den Abbau von Vorurteilen und auf die Zusammenarbeit mit anderen ausländischen Vereinen gelegt.

NRZ DUISBURG Dienstag, 21. Juni 1977

Aktion für besseres Zusammenleben begann mit Fest

Türkische Frauen helfen sich selbst

Sie wohnen in Hochfeld, Meiderich oder Rheinhausen. Tausende von türkischen Familien leben und arbeiten in Duisburg. Das Zusammenleben mit den Duisburger Nachbarn ist nicht immer problemlos. Integration heißt zwar das große Schlagwort, doch häufig sind Mißtrauen und Vorurteile eine unüberwindliche Barriere. Daß die türkischen Mitbürger nicht darauf warten, daß man ihnen entgegenkommt, beweist die Existenz eines türkischen Arbeitervereins, der sich mit den Sorgen der Türken, aber auch mit Fragen des Zusammenlebens mit den Deutschen beschäftigt. Vor wenigen Tagen haben sich in diesem Verein 13 Türkinnen zu einer Frauenabteilung zusammengeschlossen, die sich vornehmlich mit Familienfragen auseinandersetzen will.

An diesem Wochenende war im Esch-Haus und auf dem nahe gelegenen Sportplatz großes Sommerfest der neuen Abteilung. Kontakte zu schaffen und neue Mitglieder zu werben, stand ganz oben auf dem Programm. Trotz des schlechten Wetters waren rund 100 türkische Männer

Die Erwachsenen diskutierten, die Kinder spielten hingegeben, ein unterhaltsamer Nachmittag für türkische Jungen und Mädchen.

und Frauen gekommen. Alle Frauen verließen die Veranstaltung als neue Mitglieder.

Ein fröhlicher bunter Rahmen war die Grundlage auch für ernste Diskussionen. Türkische Spezialitäten waren von den Frauen schon zu Hause vorbereitet worden: Siskebap, gegrillte Rindfleischwürfel, Bulgurpilav, Weizenreis mit Tomaten und Zwiebeln und Salat wurden aufgetragen. Dazu gab's Ayran, ein türkisches Milchgetränk.

Siskebap und Pilav

Die Mitglieder der Frauenabteilung informierten die anwesenden türkischen Frauen über Rechte und Pflichten des Lebens in Deutschland. Wie von selbst kamen dann die türkischen Frauen auf die Probleme zu sprechen, die sie am meisten bedrücken: Erziehungssorgen bei den Kindern in den deutschen Schulen, Wohnungsprobleme bei Mieten und sanitärer Einrichtung. Bei mitarbeitenden Müttern hörte man den Wunsch nach einem auch am Nachmittag geöffneten Kindergarten.

Erste Ziele ihrer Aktivitäten hat sich die neue Abteilung schon gesetzt: Abbau der Vorurteile zwischen Deutschen und Türken sowie regelmäßige Familienbesuche bei türkischen Familien, um eine Wohn- und Lebensstatistik zu erstellen, die Ausgangsbasis für eine weitergehende Arbeit werden soll. Die rege Aktivität der türkischen Frauen zeigt auch der Beschluß, sich jetzt regelmäßig alle vierzehn Tage treffen zu wollen.

Die Damen siegten

Trotz der Schwere der besprochenen Probleme, war man auch ausgelassen und fröhlich. Spiele für die mitgekommenen Kinder und Jugendlichen wurden arrangiert. Die Folkloregruppe des Arbeitervereins, sechs Jungen und fünf Mädchen tanzten, begleitet von Trommel und Flöte, Volkstänze aus Anatolien. Ein zwischen Männern und Frauen veranstaltetes Tauziehen endete, der Verteilung der Muskelkraft widersprechend, mit einem Sieg der Damen. Sie waren offensichtlich gegen eine Mannschaft der Kavaliere angetreten, denn diese spendierten anschließend noch eine Runde Tee. **R. D.**

Spiel und Tanz beim türkischen Fest im Esch-Haus: Die neue Frauenabteilung will erreichen, daß Türken und Deutsche besser als bisher zusammenleben.

Geldmangel bedrückt türkischen Verein

Rheinische Post
Nr. 152 — Dienstag, 5. Juli 1977

Hochfelder Kinderfest förderte Kennenlernen

Kinderfeste sind meist bunte, laute, fröhliche Angelegenheiten. An diesem Erfahrungsmaßstab gemessen war das turbulente Treiben auf dem Hochfelder Markt, das vom Bezirksamt Innenstadt in Zusammenarbeit mit dem türkischen Arbeiterverein aufgezogen wurde, ein waschechtes Kinderfest: Auf dem Marktpflaster warteten Ponyreiten, Badewannenrennen, Wurfstände, Trödeltische, türkisches Essen und Trinken auf den deutsch-türkischen Andrang. Das reichhaltige Angebot zum Mitmachen servierten die Organisatoren mit türkischer Musik. Und für die ganz Kleinen war im Städtischen Kindergarten an der Wörthstraße eine „Kinderfest-Zweigstelle" eingerichtet.

Daß die Kinder ihren Spaß hatten, ließ sich leicht am Geräuschpegel abhören. Doch unter der kinderfröhlichen Oberfläche steckten noch — und das war sicher nicht auf den ersten Blick zu sehen — ernstere Anliegen der beiden Veranstalterparteien: „Wir haben bei der Einladung in den Kindergarten auch den Hintergedanken, daß sich nach einem guten Eindruck der Eltern und Kinder beim Besuch bald einige der noch freien Plätze füllen werden", glaubt Siegfried Bell, Jugendpfleger im Bezirksamt Innenstadt, an eine werberische Wirkung der fröhlichen Spiele.

Osman Apaydin (28), Sozialbetreuer und Vereinsgeschäftsführer des türkischen Arbeitervereins, schildert den Antrieb zum bunten Treiben auf türkischer Seite: „Wir wollen uns bekannter machen, unter den Türken, aber auch unter den Deutschen".

Daß dabei gerade der Hochfelder Markt der rechte Platz für eine Selbstdarstellung der Gastbürger ist, erklärt sich aus der Bevölkerungsstatistik: Von den rund 14 000 Türken, die „in Reichweite" des Bezirksamtes Innenstadt leben, haben etwa 7000 ihren Wohnsitz in Hochfeld. Dieser Stadtteil durchstieß zudem kürzlich eine demoskopische „Schallgrenze". Der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung, so Siegfried Bell, hat hier 51 Prozent erreicht.

Die Schwierigkeiten der Türken, die in Hochfeld den weitaus stärksten Part unter den ausländischen Mitbürgern bilden, sind offenkundig. Apaydin: „Für uns gibt es hier keinen Raum. Als Treffpunkt dienen nur Kneipen, und das ist nicht gerade ideal". Auch das Vereinslokal an der Oberstraße, daß zunächst durch einen anliegenden Raum der „Jungen Union" erweitert werden sollte, ist zu eng und bei der Massierung türkischer Bürger in Hochfeld eben nicht zentral genug.

Zu allem Überfluß (an Sorgen) geselle sich nun auch noch der Geldmangel: „Die Miete für unser Lokal an der Oberstraße beträgt 300 Mark, und wir konnten sie nun schon zwei Monate lang nicht bezahlen", weist Apaydin selbst auf eine wunde Stelle der inzwischen 200 Mitglieder starken Organisation hin, der nach Ansicht des Vereinsgeschäftsführers nur städtische Unterstützung weiterhelfen kann: „Schließlich übernehmen wir ja auch einen großen Teil der Sozialarbeit für unsere Landsleute und entlasten damit die Kommune". **hajo**

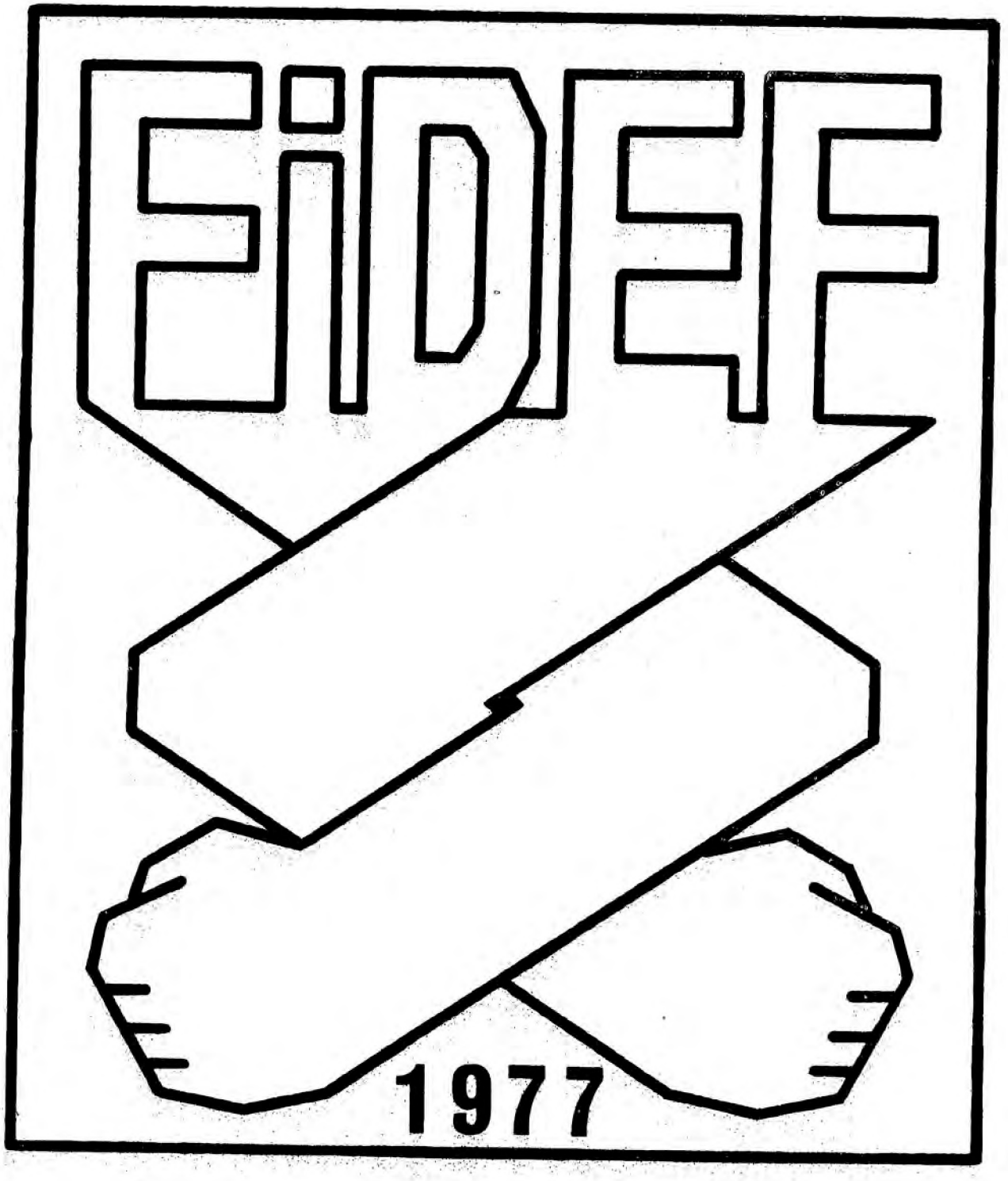
INHALT

SEITE

* 1. Vertreterversammlung der FIDEF in Hannover 3
* Kemnade - International 77 4
* Nazım Hikmet (1902 - 1963)
  Zahlreiche Arbeitervereine gedenken dem grossen Dichter ... 5
* Die unheilvolle Allianz
  Zur Regierungskrise in der Türkei
  Ein Kommentar von Haydar Dikme, Generalsekretär der FIDEF 6
* AsJ - Veranstaltung zum Thema "Ausländerrecht" 7
* Metaller - Streik in der Türkei
  Solidarität mit Maden - İş wächst 8
* Einige Grundsätzliche Ausführungen zur Bildung und
  Erziehung ausländischer Kinder
  Ausgearbeitet vom Türkischen Lehrerverband in Berlin 10
* Solidarität deutscher und ausländischer Arbeiter
  Parteien nehmen Stellung 13
* Wahlfeier mit Polizeiprügel
  Siegener Polizei griff wehrlose türkische Arbeiter an 14
* Aus den Mitgliedsvereinen
  Türkischer Arbeiterverein in Duisburg e.V. 17

PROGRESSIVER GEWERKSCHAFTSBUND DER TÜRKEI - DISK -

Solidarität mit DISK!


EIDEE
1977